Sitzungsunterlagen

Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach

08.10.2019

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente 5

Niederschrift (öffentlich) 5

Anlage 1 zur Niederschrift: Teilnahmeverzeichnis 25

Anlage 2 zur Niederschrift: Antwortschreiben an Frau Schundau auf ihre Anfrage zum Thema "Beteiligung an der Aktion "Wir jagen Funklöcher der Telekom"" (zu TOP Ö17) 35

Anlage 3 zur Niederschrift: Antwortschreiben an Herrn Komenda auf seine Anfrage zum Thema "Sanierung Parkplatz Friedrich-Offermann-Straße/Schlossberg-Garage" (zu TOP Ö23.2) 37

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
11.11.2019
Ausschussbetreuender Fachbereich
Kommunalverfassung, Ratsbüro
Schriftführung
Saskia Anger
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 08.10.2019

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 18:32 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 09.07.2019 - öffentlicher Teil**
0420/2019

4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

5 **V. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
0341/2019

6 **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2018**
0444/2019

7 **Jahresabschluss 2018 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**

0425/2019

8 Jahresabschluss und Lagebericht 2018 GL Service gGmbH
0412/2019

9 Jahresabschlüsse 2017 und 2018 der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG und Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH
0344/2019

10 Anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag 30.06.2019
0456/2019

11 Fortschreibung des Integrationskonzepts der Stadt Bergisch Gladbach für den Zeitraum 2020 bis 2025
0454/2019

12 Maßnahmebeschluss für die 5-gruppige Kindertagesstätte mit Großtagepflegestelle, Reiser/Im Mondsröttchen
0228/2019

13 Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von privaten Spielplätzen (Spielplatzsatzung)
hier: Änderung der Satzung
0137/2019

14 Baulandstrategie
0378/2019

15 Bebauungsplan Nr. 6142 - An der Wallburg -
- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung
- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung
- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der erneuten öffentlichen Auslegung
- Beschluss als Satzung
0372/2019

16 XXI. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung)
0400/2019

17 Beteiligung an der Aktion "Wir jagen Funklöcher" der Telekom
0460/2019

18 Anregung vom 29.04.2019, der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes beizutreten
0297/2019/1

19 Einwohnerfragestunde
0385/2019

20 Entsendung von Mitgliedern des Inklusionsbeirates in die Fachauschüsse des Rates der Stadt
0379/2019

21 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

21.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.09.2019 (eingegangen am 24.09.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen

0464/2019

21.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2019 (eingegangen am 01.10.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen und der Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach in Gremien von Mitgliedschaften

22 Anträge der Fraktionen

22.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL vom 30.04.2019 (eingegangen am 03.05.2019): "Erlass von Baugeboten gemäß § 176 Absatz 1 Baugesetzbuch"
0374/2019

22.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2019 (eingegangen am 04.06.2019): "Klimanotstand"
0296/2019/1

22.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 17.06.2019 (eingegangen am 18.06.2019): „Erarbeitung eines Konzeptes und eines Zeitplans zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für Bergisch Gladbach"
0334/2019/1

22.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 23.06.2019 (eingegangen am 24.06.2019): "Teilnahme am Förderprogramm progres.nrw Emissionsarme Mobilität"
0338/2019/1

22.5 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2019: "Anmietung von Räumlichkeiten für ein Bürgerbüro in Refrath und Bensberg"
0346/2019

22.6 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2019 (eingegangen am 26.08.2019): "Erarbeitung eines Konzeptes zur Optimierung von Sauberkeit und Ordnung"
0343/2019

22.7 Antrag der FDP-Fraktion vom 16.09.2019 (eingegangen am 17.09.2019): "Mountainbike-Trainingsgelände im Nußbaumer Wald"
0457/2019

23 Anfragen der Ratsmitglieder

23.1 Schriftliche Anfragen

23.1.1 Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.09.2019 (eingegangen am 09.09.2019): "Sachstand des Projektes SMART/Optimierung der Konzernstrukturen"
0448/2019

23.2 Mündliche Anfragen

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Vor Eröffnung der Sitzung erläutert Herr Bürgermeister Urbach, in Nachfolge für Frau Heidberg-Schwettmann (CDU-Fraktion) habe Frau Elvira Reudenbach das Ratsmandat angenommen und sei als Mitglied des Rates der Stadt Bergisch Gladbach gemäß § 67 Absatz 3 GO NRW vom Bürgermeister in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu verpflichten.

Frau Reudenbach spricht dazu den nach der Verwaltungsvorschrift zu § 32 Abs. 4 GO alte Fassung vorgesehenen, folgenden Text:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe."

Sodann eröffnet Herr Urbach um 17:00 Uhr die 33. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der IX. Wahlperiode und stellt fest, dass der Rat rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Außerdem begrüßt Herr Urbach Frau Klaßen, welche nach Beendigung des Dienstes von Frau Fahner neue Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bergisch Gladbach sei.

Für die heutige Sitzung habe sich Frau Dr. Rüdig (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) entschuldigt. Zudem sei Herr Schütz (Ratsmitglied ohne Fraktionszugehörigkeit) nicht anwesend. Herr Klein (Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL) habe ein verspätetes Erscheinen angekündigt. Frau Bähner (SPD-Fraktion) nimmt ab 17.04 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1), Frau Bähner-Sarembe (SPD-Fraktion) nimmt ab 17.04 (Tagesordnungspunkt Ö1), Herr Renneberg (CDU-Fraktion) nimmt ab 17.06 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1), Herr Voßler (CDU-Fraktion) nimmt ab 17.08 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö4), Herr Kraus (CDU-Fraktion) nimmt ab 17.21 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö14), Herr Santillán (Ratsmitglied ohne Fraktionszugehörigkeit) nimmt ab 17.31 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö14), Herr Pick nimmt ab 18.02 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö22.3) und Herr Klein nimmt ab 18.09 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö22.5) teil.

Von Seiten der Verwaltung seien Herr Martmann (BM I/FB8), Herr Widdenhöfer (FB 3), Herr Rockenberg (FB 4) und Herr Kremer (FB 7) entschuldigt, welche durch Herrn Geist, Herrn Cürten, Herrn Weirich und Herrn Wagner vertreten würden.

Als Unterlagen der Sitzung benennt Herr Urbach:

die Einladung vom 24.09.2019 mit den dazugehörigen Vorlagen und der Anlage zur Tagesordnung,

die dem Rat mit Schreiben vom 02.10.2019 übersandte Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen der Ausschüsse, die nach Druck und Versand der Einladung zur heutigen Sitzung tagten, sowie eine mit demselben Schreiben übersandte

ergänzende Unterlage zu den TOPen Ö 18 und Ö 22.2, die in den Sitzungen des SPLA am 25.09.2019 sowie des HFA am 01.10.2019 als Tischvorlage vorgelegt wurde und Grundlage der Beschlussempfehlungen dieser Gremien war, sowie einen mit demselben Schreiben übersandten

Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2019 (eingegangen am 01.10.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen und in Gremien von Mitgliedschaften, sowie die mit demselben Schreiben übersandte

Tischvorlage der Verwaltung aus der Sitzung des HFA am 01.10.2019 als ergänzende Unterlage zu TOP N 7. Die darin dargestellten zusätzlichen Ehrungsvorschläge und einen weiteren, in der Sitzung mündlich unterbreiteten Vorschlag habe der HFA bei der Abgabe seiner Beschlussempfehlung berücksichtigt.

Außerdem schlägt Herr Urbach vor, die TOPe Ö 18 und Ö 22.2 – Anregung vom 29.04.2019, der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes beizutreten und Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2019 (eingegangen am 04.06.2019): „Klimanotstand" zusammengefasst zu beraten, da der SPLA und der HFA zu beiden TOPen eine zusammengefasste Beschlussempfehlung abgegeben hätten.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnungspunkte Ö 18 und Ö 22.2 – Anregung vom 29.04.2019, der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes beizutreten (Vorlage Nr. 0297/2019/1) und Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2019 (eingegangen am 04.06.2019): „Klimanotstand" (Vorlage Nr. 0296/2019/1) der Sitzung des Rates am 08.10.2019 werden zusammengefasst beraten.

Zudem erläutert Herr Urbach, die CDU-Fraktion bitte darum, die Tagesordnung um den Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2019 (eingegangen am 01.10.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen und in Gremien von Mitgliedschaften als TOP Ö 21.2 zu erweitern.

Die Dringlichkeit werde damit begründet, dass Frau Reudenbach ihr Ratsmandat erst nach Versand der Einladung zur heutigen Sitzung angenommen habe.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 08.10.2019 wird aus Gründen äußerster Dringlichkeit um den Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2019 (eingegangen am 01.10.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen und in Gremien von Mitgliedschaften als TOP Ö 21.2 erweitert.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Urbach stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 09.07.2019 – öffentlicher Teil – als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 09.07.2019 - öffentlicher Teil

0420/2019

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zu den Jahresabschlüssen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und des Kernhaushaltes

Herr Urbach erklärt, in der letzten Ratssitzung habe der Fachbereich Finanzen kurz über den Stand der Jahresabschlüsse berichtet. Diese Information könne er mit einer erfreulichen Mitteilung aktualisieren.
Die Jahresabschlüsse 2017 der drei eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der EBGL seien bereits testiert und wären dem Rat in den vergangenen zwei Sitzungen zum Beschluss vorgelegt worden.
Der schon länger fertiggestellte Jahresabschluss 2017 des Kernhaushaltes sei zwischenzeitlich durch das städtische Rechnungsprüfungsamt geprüft. Auch hier dürfe man mit einem uneingeschränkten Testat rechnen. Die Bilanz und Ergebnisrechnung ende mit einem Jahresüberschuss von rund 1,428 Mio. EUR. Nach heutigem Stand könne man mit einer Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss am 26.11.2019 und der Vorlage zum Beschluss in der Ratssitzung am 10.12.2019 rechnen.
Zudem sei der Fachbereich Finanzen bereits seit einiger Zeit mit der Aufstellung der Jahresabschlüsse 2018 beschäftigt, hier würde Zeit aufgeholt und man sei bald wieder im üblichen Turnus.

Mitteilung zum Gesamtabschluss 2015, hier: Beifügen der Gesamtabschlüsse 2011 bis 2014

Herr Urbach führt an, in der Sitzung des Rates am 19.12.2017 sei der Gesamtabschluss der Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2015 festgestellt worden.

In der Beschlussvorlage zum Gesamtabschluss 2015 sei darauf hingewiesen worden, dass für die Gesamtabschlüsse der Jahre 2011 bis 2014 von der Erleichterungsregelung gemäß § 1 des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse Gebrauch gemacht worden sei.

Das heiße, dass diese Gesamtabschlüsse in einer von Herrn Urbach nach § 116 Absatz 5 in Verbindung mit § 95 Absatz 3 der Gemeindeordnung für das Land NRW bestätigten Entwurfsfassung erstellt worden seien. Eine Behandlung in den Gremien (einzelne Prüfung und Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss, Bestätigung im Rat) sei somit nicht erforderlich gewesen und habe entfallen können.

Der Gesamtabschluss 2015 sei der Aufsichtsbehörde gemäß § 116 Abs. 1 GO i.V.m. § 96 Abs. 2 GO am 14.02.2019 angezeigt worden. Dieser Anzeige seien auch die Gesamtabschlüsse der Jahre 2011 bis 2014 in der von Herrn Urbach bestätigten Entwurfsfassung beigefügt. Der Rat sei über die Anzeige zu unterrichten, was hiermit geschehen solle.

Zur Information des Rates, seien die Gesamtbilanzen, Gesamtergebnisrechnungen und Gesamtlageberichte 2011 bis 2014 im Ratsinformationssystem als nachträglich beigefügte Anlage zur Sitzung des Rates am 19.12.2017, TOP Ö 10 – Prüfung Gesamtabschluss 2015 – unter der Vorlagen-Nr. 0523/2017 hinterlegt und seien dort für den Rat einsehbar.

Die Gesamtanhänge und Gesamtkapitalflussrechnungen 2011 - 2014 könnten aufgrund personeller Engpässe noch nicht endgültig fertiggestellt werden. Dies werde in Kürze geschehen und am gleichen Ort hinterlegt werden.

Mitteilung zur Sitzungsplanung für das Jahr 2020

Herr Urbach erläutert, die Sitzungsplanung für das Jahr 2020 sei in den vergangenen Wochen vorbereitet worden und sei am 07.10.2019 abgeschlossen worden. Der Sitzungskalender werde dem Rat und den sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern noch in dieser Woche übermittelt. Die Verteilung erfolgt wie üblich über die Postfächer in den Fraktionsgeschäftsstellen. Auch in Anbetracht der anstehenden Herbstferien werde der Sitzungskalender dem Rat ergänzend morgen oder übermorgen per E-Mail an die uns bekannten Mailadressen übersandt.
Die Kommunalwahl fände am Sonntag, den 13.09.2020 statt.

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5. <u>V. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach</u>
0341/2019

Herr Willnecker, Frau Scheerer und Herr Zalfen begeben sich für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

Die V. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

6. <u>Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2018</u>
0444/2019

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. <u>Jahresabschluss 2018 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH</u>
0425/2019

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden **Beschluss:**

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH wird der Bürgermeister Herr Lutz Urbach als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt in der Gesellschafterversammlung

1. **den Jahresabschluss 2018 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen. In der Bilanz zum 31.12.2018 werden Aktiva und Passiva mit 122.569.654,84 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresüberschuss 2018 mit 3.295.881,46 EUR festgestellt.**
2. **den Lagebericht 2018 festzustellen.**
3. **den Jahresüberschuss der Gesellschaft in Höhe von 3.295.881,46 EUR auf neue Rechnung vorgetragen.**
4. **den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.**

8. <u>Jahresabschluss und Lagebericht 2018 GL Service gGmbH</u>
0412/2019

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden **Beschluss:**

Die Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH stellte den Jahresabschluss und Lagebericht 2018 der Gesellschaft im vorgelegten und durch den Wirtschaftsprüfer bestätigten Umfang am 27.08.2019 fest und entlastete den Geschäftsführer Herrn Stephan Dekker für das Geschäftsjahr 2018. Die Beschlüsse sind vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach zu verstehen. Die von der Gesellschafterversammlung getroffenen Beschlüsse werden wie folgt gebilligt:

1. **In der Bilanz zum 31.12.2018 werden Aktiva und Passiva mit 1.964.785,81 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresfehlbetrag 2018 mit 130.508,60 EUR festgestellt.**
2. **Der Lagebericht 2018 wird festgestellt.**

3. **Der Bilanzgewinn 2018 wird in Höhe von 31.783,88 EUR auf neue Rechnung vorgetragen.**
4. **Der Geschäftsführer Herr Stephan Dekker wird für das Geschäftsjahr 2018 entlastet.**

9. Jahresabschlüsse 2017 und 2018 der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG und Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH

0344/2019

Herr Krell führt an, dem Jahresabschluss sei zuzustimmen. Allerdings sollte zu gegebener Zeit über die Zukunft dieser Gesellschaften gesprochen werden.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden **Beschluss:**

Herr Bürgermeister Lutz Urbach stellte als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Bergisch Gladbach in den Gesellschafterversammlungen der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG und der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH aus terminlichen Gründen schon die Jahresabschlüsse 2017 und 2018 fest und entlastete die Organe für 2017 und 2018. Die Beschlüsse sind vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach zu verstehen. Die getroffenen Beschlüsse werden wie folgt gebilligt:

1. **In der Gesellschafterversammlung der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG werden der Jahresabschluss 2017 und 2018 festgestellt. In der Bilanz zum 31.12.2017 bzw. 2018 werden Aktiva und Passiva mit 99.972,75 EUR bzw. 99.576,45 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresfehlbetrag 2017 bzw. 2018 mit 2.709,56 EUR bzw. 1.143,60 EUR festgestellt. Der Jahresfehlbetrag 2017 und 2018 ist auf neue Rechnung vorzutragen.**
2. **Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Zukunft Stadt Profil GmbH & Co. KG werden für das Geschäftsjahr 2017 und 2018 entlastet.**
3. **In der Gesellschafterversammlung der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH werden der Jahresabschluss 2017 und 2018 festgestellt. In der Bilanz zum 31.12.2017 bzw. 2018 werden Aktiva und Passiva mit 26.739,11 EUR bzw. 26.000,00 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung das Jahresergebnis 2017 bzw. 2018 mit jeweils 0 EUR festgestellt.**
4. **Die Geschäftsführung der Zukunft Stadt Profil Verwaltungs-GmbH wird für das Geschäftsjahr 2017 und 2018 entlastet.**

10. Anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag 30.06.2019

0456/2019

Herr Urbach erläutert, in der Vorlage werde versehentlich der Bebauungsplan Nr. 5423 – Industrieweg – als anhängiges Normenkontrollverfahren genannt. Dies sei nicht korrekt; dieser Plan ist bereits vom OVG für unwirksam erklärt worden. Dafür wäre zum Stichtag 30.06.2019 ein Normenkontrollverfahren im Hinblick auf den Bebauungsplan Nr. 2427 – Östlich Leibnizstraße – anhängig.

Herr Krell fragt an, ob es eine Statistik über die Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren gebe.

Herr Cürten führt an, es gebe keine Statistik, aber die Zahl der anhängigen Verfahren sei seit dem letzten Stichtag gestiegen. Dies liege insbesondere an den langen Verfahrensdauern, welche teilweise seit 2015/2016 laufen würden.

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage sowie die vorgetragene Korrektur zur Kenntnis.

11. **Fortschreibung des Integrationskonzepts der Stadt Bergisch Gladbach für den Zeitraum 2020 bis 2025**
0454/2019

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der mitterechts-Fraktion folgenden **Beschluss:**

Die Fortschreibung des Integrationskonzepts der Stadt Bergisch Gladbach für die Jahre 2020 bis 2025 wird beschlossen

12. **Maßnahmebeschluss für die 5-gruppige Kindertagesstätte mit Großtagepflegestelle, Reiser/Im Mondsröttchen**
0228/2019

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

1. **Der Umsetzung der Maßnahme „neue fünfgruppige Kindertagesstätte mit angeschlossener Großtagespflegestelle Reiser/Im Mondsröttchen" in Bauträgerschaft der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rhein-Oberberg e.V. mit geänderter Finanzierungsform im Zuschussmodell wird zugestimmt.**
2. **Die Investitionskosten für den Bau der Kindertagesstätte und der Großtagespflegestelle (einschl. Baunebenkosten) in Höhe von 93 + 9 Plätze à 30.000 EUR (anerkennungsfähigen Baukosten) = 3.060.000 EUR werden mit einem Zuschuss in Höhe von 100% unter der Voraussetzung durch die Stadt Bergisch Gladbach mit 90% Landesmitteln bezuschusst, dass die Angemessenheit der Kosten durch die städtische Hochbauabteilung bestätigt wird (Ziffer 11.3 der Städtischen Richtlinien zur Förderung von Kindertagesstätten).**
3. **Der Eigenanteil an den Ausstattungskosten in Höhe von 5% wird dem Bauträger auf Antrag erlassen. (Ziff. 11.3 (1) der Städt. Richtlinien; Förderung von Investitionskosten).**
4. **Die Landesmittel aus dem u6-Programm in Höhe von 2.754.000 EUR sind beim Land rechtzeitig zu beantragen.**
5. **Die Betriebskostenmittel werden gem. KiBiz und den Städt. Richtlinien in Höhe von 99% ab Inbetriebnahme gewährt.**
6. **Für das städt. Grundstück wird die Miete in voller Höhe übernommen (Ziff. 10 der Städt. Richtlinien).**
7. **Die erforderlichen Finanzmittel sind im Haushalt 2020 und 2021 bereitzustellen.**

13. **Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von privaten Spielplätzen (Spielplatzsatzung)**
hier: Änderung der Satzung
0137/2019

Der Rat fasst einstimmig folgenden, auf Vorschlag der Verwaltung im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderten **Beschluss**:

Die Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Errichtung und Unterhaltung von privaten Spielplätzen (Spielplatzsatzung) wird entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage und unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (durchgestrichen und unterstrichen dargestellt) geändert.

§ 3 Absatz 1 der Satzung wird wie folgt neu gefasst: „Spielplätze müssen von Wohnungen auf den Grundstücken, für die sie zu schaffen sind, eingesehen werden können. Sie sollen nicht mehr als ~~100~~150 m von den zugehörigen Wohnungen entfernt liegen."

§ 4 Absatz 3 Satz 3 der Satzung wird wie folgt neu gefasst: „Die Spielfläche ist entsprechend der vorgenannten Grundsätze unter Berücksichtigung der jeweils gültigen Normen (z. Zt. EN 1176 Teil 1-7 und EN 1177) zu gestalten und zu erhalten."

14. Baulandstrategie

0378/2019

Herr Krell führt an, die FDP-Fraktion halte das Zwischenerwerbsmodell für realitätsfern und sei, so wie in einer Pressemitteilung ausführlich erläutert, für das Kooperationsmodell.

Herr Samirae betont, die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL könne dieser Vorlage nicht zustimmen. Von den drei Möglichkeiten der Baulandentwicklung, welche die amtliche Umlegung, das Kooperationsmodell und das Zwischenerwerbsmodell seien, halte er die letzten beiden Modelle für unrealistisch. Die Problematik seien hier die Grundstücke mit zahlreichen Eigentümern, wovon jeder einzelne für die Umsetzung der Baulandstrategie zustimmen müsste.

Herr Waldschmidt erläutert, die in vier Workshops erarbeitete Strategie werde von der SPD-Fraktion befürwortet. Er könne die Kritik von Herrn Krell verstehen, da die Vorgehensweise mit dem Zwischenerwerbsmodell im Außenbereich einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Das Modell werde jedoch funktionieren, wenn alle zukünftig daran festhielten. Der Rat werde für den bezahlbaren Wohnraum und die Wertschöpfung des Bürgers Sorge tragen.

Herr Dr. Metten stimmt Herrn Waldschmidts Aussagen zu. Er spreche für Qualität statt Quantität, was durch das Zwischenerwerbsmodell erlangt werde. Bezogen auf Herrn Samirae führt er an, dass ihm eine hohe Zahl von Eigentümern in keinem Gebiet bekannt sei. Zudem differenziere die Vorlage nach Innen- und Außenbereichen.

Herr Samirae widerspricht Herrn Dr. Metten, da die Stadt in einer offiziellen Anfrage angegeben habe, dass die wenigsten Gebiete einheitliche Einwohnerstrukturen hätten. Zudem wolle er auf die Problematik hinweisen, dass die Stadt zunächst bei dem Grundstückskauf 6,5% Grunderwerbssteuer zahlen müsste und der neue Eigentümer, der das Grundstück später erwerbe, diese nochmals an das Land zahlen müsste. Dies führe insgesamt zu einem Wertverlust und vor allem der Bürger werde stärker belastet. Besonders aufgrund der notwendigen Zustimmung aller Eigentümer einer Fläche, halte er den Erfolg der Baulandstrategie für gering.

Herr Ebert erläutert, um zukünftig Flächen zu bebauen, müsse durch den Rat ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Durch den Beschluss der Baulandstrategie werde Gartenland beziehungsweise landwirtschaftliche Fläche zu Bauland, was zu einer Wertsteigerung des Bodens führe. Diesen Umwandlungsgewinn könnten die Kommune abschöpfen, da diese auch die Lasten für die durch den Bebauungsplan entstehenden Kosten zu tragen hätte. Zu dieser Last würden beispielsweise die neue Infrastruktur oder KiTas zählen. Um das Gemeinwohl hierdurch zu optimieren, könne die lange Zeitspanne in Kauf genommen werden. Zudem stünden parallel zunächst andere Entwicklungen und Planungen bevor.

Frau Schundau betont, durch Herr Eberts Ausführung sei Herr Samiraes Argument bezüglich der Grunderwerbssteuer aufgehoben. Zudem funktioniere dieses Modell in anderen Städten und es bestünde endlich die Möglichkeit, so ein einheitliches Vorgehen zu beschließen.

Herr Samirae führt an, hier würden Begriffe falsch verstanden. Nur weil ein Bereich nicht in der Innenstadt liege, sei dies nach Baulandmanagement nicht sofort der Außenbereich der Stadt. Er müsse feststellen, mit der Thematik Umlegungsvorteil und Entlastung des kommunalen Haushaltes, sei sich nicht richtig befasst worden. Zudem komme hinzu, dass die Last der Erschließungskosten bei den Eigentümern, und nicht bei der Kommune läge. Außerdem seien nicht alle Grundstückseigentümer Investoren für Bauprojekte. Insgesamt werde die Baulandstrategie nicht mehr Wohnraum schaffen, aber für steigende Mieten sorgen.

Herr Dr. Metten betont, Investoren könnten auch Grundstückseigentümer werden. Außerdem ginge es hierbei darum, dass nicht Investoren, sondern die Kommune das Bauverfahren leite. Es fielen nicht alleine Erschließungskosten bei dieser Strategie an, sondern ebenfalls Kosten für Infrastrukturmaßnahmen, welche nicht auf Eigentümer übertragen werden könnten.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion und Herrn Samirae, bei Enthaltung von Frau Misini folgenden, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderten **Beschluss:**

I. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beauftragt die Stadtverwaltung, einen Beschluss auf Basis der vorliegenden Baulandstrategie auszuarbeiten.

II. Die Ziele der Baulandstrategie werden ab dem Zeitpunkt des Ratsbeschlusses dieses Papiers soweit rechtlich möglich **umgesetzt**.

III. Die Ziele der Baulandstrategie gelten ab sofort für alle Bauleitplanverfahren, ausgenommen die weit fortgeschrittenen Verfahren Lichtenweg und Alte Marktstraße.

15. Bebauungsplan Nr. 6142 - An der Wallburg -
- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung
- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung
- Beschluss zu den Stellungnahmen aus der erneuten öffentlichen Auslegung
- Beschluss als Satzung
0372/2019

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss:**

I. Der Rat beschließt über die zum Bebauungsplan Nr. 6142 – An der Wallburg – im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung (§§ 3 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)) abgegebenen Stellungnahmen gemäß den Anlagen 9 und 10 zur Vorlage.

II. Der Rat beschließt über die zum Bebauungsplan Nr. 6142 – An der Wallburg – im Rahmen der öffentlichen Auslegung (§§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB) abgegebenen Stellungnahmen gemäß den Anlagen 12 und 13 zur Vorlage.

III. Der Rat beschließt über die zum Bebauungsplan Nr. 6142 – An der Wallburg – im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung (§ 4a Abs. 3 BauGB) abgegebenen Stellungnahmen gemäß der Anlage 16 zur Vorlage.

IV. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NRW den Bebauungsplan Nr. 6142 – An der Wallburg – als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.

16. XXI. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung)
0400/2019

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und Herrn Santillán folgenden **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die XXI. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung) in der Fassung der Vorlage.

17. Beteiligung an der Aktion "Wir jagen Funklöcher" der Telekom
0460/2019

Herr Urbach erläutert, für die Aktion „Wir jagen Funklöcher“ der Telekom ende die Bewerbungsfrist am 30.11.2019. Aufgrund dessen sei die Vorlage direkt in den Rat eingebracht worden.

Frau Schundau führt an, es werde sich 15 Jahre auf die Telekom festgelegt. Sie fragt an, ob es nicht Untersuchungen bezüglich günstigerer Anbieter gegeben hätte.

Herr Urbach antwortet, diese Anfrage werde schriftlich beantwortet.

Der Rat fasst einstimmig bei sieben Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach ermächtigt den Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach - AöR sich um die Teilnahme an der Aktion der Telekom „Wir jagen Funklöcher" zu bewerben. Auf eine Vorberatung in den Ausschüssen wird aufgrund der Dringlichkeit verzichtet.

18. Anregung vom 29.04.2019, der Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes beizutreten
0297/2019/1

Herr Urbach führt an, dieser TOP werde zusammengefasst mit TOP Ö22.2 beraten.

19. Einwohnerfragestunde
0385/2019

Herr Urbach teilt mit, es liege eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vor. Herr Hoffmann verliest seine Fragen und Herr Urbach beantwortet diese wie folgt:

1. Frage von Herrn Hoffmann:
„Warum werden die Biotonnen nicht von 1-Euro-Jobbern gereinigt?"

Antwort der Verwaltung:
„Weil der Abfallwirtschaftsbetrieb keine 1-Euro-Jobber beschäftigt."

2. Frage von Herrn Hoffmann:
„Verringern die Einnahmen aus dem Altpapier die Müllgebühren in Bergisch Gladbach?"

Antwort der Verwaltung:
„Erlöse aus der Verwertung von Altpapier fließen in die Kalkulation der Abfallgebühren ein. Die Kalkulation der Abfallgebühren für 2020 wird dem Stadtrat für seine Sitzung im Dezember 2019 vorgelegt. Sie werden dieser Kalkulation Näheres entnehmen können."

3. Frage von Herrn Hoffmann:
„Warum hat die Stadt Bergisch Gladbach von den 5,74 Mio. EUR, die der Bund zur Schulsanierung zur Verfügung gestellt hat, kein Geld abgerufen?"

Antwort der Verwaltung:
„Ich verweise auf die diesbezügliche Pressemitteilung der Stadt Bergisch Gladbach vom 20.08.2019, die über die städtische Homepage abgerufen werden kann."

4. Frage von Herrn Hoffmann:
„Was würde eine Sanierung der Kunstrasenplätze kosten, wenn diese Mikroplastikflächen ab 2022 von der EU verboten werden?"

Antwort der Verwaltung:
„Nach einer Aussage des Fraunhofer-Instituts zu freigesetztem Mikroplastik beginnen derzeit die öffentlichen Konsultationen und nötige fachliche Prüfungen; ab Herbst sollen dann fundierte Stellungnahmen erarbeitet, evtl. Risikoabwägungen vorgenommen und auch die sozioökonomischen Folgen unter anderem für den Sportbetrieb erarbeitet werden. Nach Abschluss all dieser Schritte, möglicher weiterer Kommentierungen und Überprüfungen der Bewertungen sowie Veröffentlichung werden diese der EU-Kommission vorgelegt und dann ggf. ein Regulierungsvorschlag im Thema gemacht. Eine Aussage über möglich anfallende Kosten kann daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht getätigt werden."

5. Frage von Herrn Hoffmann:
„Wie viele Kunstrasenplätze in Bergisch Gladbach bestehen unter anderem aus ökologisch umstrittenem Mikroplastik?"

Antwort der Verwaltung:
„Es geht nicht um den gesamten Kunstrasenplatz, sondern lediglich um das Granulat, mit dem der Platz aufgefüllt wird. Es handelt sich derzeit um sechs Kunstrasenplätze mit Granulatverfüllung."

6. Frage von Herrn Hoffmann:
„Wie viele Knöllchen wurden im letzten Jahr durch Hinweise von Bürgern in Bergisch Gladbach erst möglich?"

Antwort der Verwaltung:
„Die Verwaltung geht Hinweisen von Bürgerinnen und Bürgern auf etwaige Ordnungswidrigkeiten im Stadtgebiet nach, führt jedoch keine Statistiken darüber, wie viele Verwarnungs- oder Bußgelder aufgrund von diesbezüglichen Informationen aus der Bevölkerung letztlich erteilt werden."

7. Frage von Herrn Hoffmann:
„Warum hat die Stadt Bergisch Gladbach keine Werbung für den Film ‚Blinded by the light' gemacht, obwohl dieser Film in der Partnerstadt von Bergisch Gladbach spielt?"

Antwort der Verwaltung (BM-13, Herr Dekker):
„Es ist nicht Aufgabe der Verwaltung, Werbung für kommerzielle Filme zu machen, auch wenn diese in Bergisch Gladbacher Partnerstädten spielen."

8. Frage von Herrn Hoffmann:
„Hat sich Bürgermeister Urbach mit dem neuen Flächennutzungsplan (FNP) verzockt?"

Antwort der Verwaltung:
„Nein."

9. Frage von Herrn Hoffmann:
„Warum hat sich Bürgermeister Urbach nicht mehr um die Sanierung des Schulzentrums Saaler Mühle gekümmert?"

Antwort der Verwaltung:
„Die Sanierung des Schulzentrums Saaler Mühle hat eine sehr hohe Priorität in der Abteilung Hochbau. Auch in diesem Teil der Verwaltung wird „im Auftrage" des Bürgermeisters gehandelt. Der Bürgermeister braucht und kann auch gar nicht alles zur Person machen, habe die Baustelle aber vor circa drei Wochen besucht."

10. Frage von Herrn Hoffmann:
„Stimmt die vermutete Aussage über den Vornamen von Lutz Urbach und den städtischen Haushalt: ‚Leidet unter tragischer Zuversicht'?"

Antwort der Verwaltung:
„Ich finde zum Haushalt ‚Es gibt noch viel zu tun' passender. Aber wer möchte schon E g n v z t heißen? Im Kontext zum Haushalt finde ich Ihren Vornamen, Herr Hoffmann, als Appell an den Rat viel sinnvoller: Konsequent Leistungen abbauen und sparen. K l a u s."

11. Frage von Herrn Hoffmann:
„Was hält die Stadt Bergisch Gladbach von den Plänen zur Verlängerung der KVB-Linie 1 bis Kürten-Spitze?"

Antwort der Verwaltung:
„Wie schon dem Mobilitätskonzept der Stadt aus dem Jahre 2016 zu entnehmen ist, erkennt die Stadt Bergisch Gladbach in den Planungen hinsichtlich einer Verlängerung der Linie 1 bis nach Kürten-Spitze ein großes Potential insbesondere für den Bereich Technologiepark sowie die Stadteile Moitzfeld und Herkenrath."

12. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wann präsentiert die Stadt Bergisch Gladbach einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden?“

Antwort der Verwaltung:
„Schon passiert. Mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 hat der Rat einen in Aufwand und Ertrag ausgeglichenen Plan für das Jahr 2020 beschlossen. Dennoch bleibt, wie zu Frage 10 ausgeführt, viel zu tun, da das zum Haushaltsausgleich genutzte Schütt aus – hol zurück – Potenzial endlich ist.“

13. Frage von Herrn Hoffmann:
„Kann die Stadt Bergisch Gladbach in der Fußgängerzone von Alt Gladbach Fanartikel vom 1. FC Köln verkaufen?“

Antwort der Verwaltung:
„Auch wenn wir damit möglicherweise eine höhere Frequentierung als im Laden des Clubs von der anderen Rheinseite erzielen würden, dürfen wir dies als Stadt Bergisch Gladbach leider nicht.“

14. Frage von Herrn Hoffmann:
„Hat Bürgermeister Urbach in seiner Amtszeit Geld der Stadt Bergisch Gladbach wie verrückt aus dem Fenster geworfen?“

Antwort der Verwaltung:
„Der Bürgermeister setzt Beschlüsse des Stadtrates um. Dieser hat bisher während meiner Amtszeit nicht beschlossen, Geld aus dem Fenster zu werfen.“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Die Ratsmitglieder nehmen die vorgetragenen Einwohnerfragen und die Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

20. Entsendung von Mitgliedern des Inklusionsbeirates in die Fachauschüsse des Rates der Stadt
0379/2019

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach wählt die in der Vorlage genannten Vertreter des Inklusionsbeirates, Beirat für Menschen mit Behinderung als beratende Mitglieder/stellvertretende beratende Mitglieder für die Fachausschüsse des Stadtrates:

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Frau Roswitha Lawrenz, Frau Angela Mascharz (Stellvertreterin)

Jugendhilfeausschuss
Frau Anne Skribbe, Herr Martin Holst (Stellvertreter)

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Herr Jürgen Münsterteicher, Frau Ursula Bundschuh (Stellvertreterin)

Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss
Herr Friedhelm Bihn, Frau Katharina Kaul (Stellvertreterin)

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr
Herr Friedhelm Bihn, Frau Anne Skribbe (Stellvertreterin)

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW
Frau Sandra Umolac, Herr Martin Holst (Stellvertreter).

21. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

21.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 18.09.2019 (eingegangen am 24.09.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen

0464/2019

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen wird beschlossen.

21.2. Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2019 (eingegangen am 01.10.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen und der Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach in Gremien von Mitgliedschaften

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2019 (eingegangen am 01.10.2019) zur Umbesetzung in Ausschüssen und in Gremien von Mitgliedschaften wird beschlossen.

22. Anträge der Fraktionen

22.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei GL vom 30.04.2019 (eingegangen am 03.05.2019): "Erlass von Baugeboten gemäß § 176 Absatz 1 Baugesetzbuch"

0374/2019

Herr Samirae verwundere es, dass der Erlass von Baugeboten im Rat keine Zustimmung bekomme. Gerade die Innenentwicklung von unentwickelten Grundstücken, habe in Bergisch Gladbach ein sehr großes Potenzial. Im Wege der Baulandstrategie würden Flächen in Hoffnung auf ansteigende Preise nicht verkauft und blieben vorerst unbebaut. Dies sei nicht der Sinn des Baulandmanagements. In verschiedenen Städten würden Baugebote auf dezente Weise durchgeführt, in dem Eigentümer befragt und aufgefordert werden, auf ihrem Grundstück Bauland entstehen zu lassen. Herr Samirae fragt an, ob die große Koalition dies jetzt ablehne und in vier Jahren wieder selbst vorschlage wie das Verfahren der LED-Beleuchtung.

Herr Ebert führt an, er verfolge seit 15 Jahren das Baugebot der Stadt Köln an der Richard-Wagner-Straße. Dieses entwickele sich nicht fort, aber die Baulücke und Belastung dadurch bestehe weiterhin. Er sei der Meinung, Baugebote seien aussichtslos und bringen hohen Arbeitsaufwand mit sich. Für Bergisch Gladbach sei es zunächst ein wichtiger Schritt das Handlungskonzept zum Wohnraum zu erstellen, damit rechtssichere Vorschriften für einen Bebauungsplan erstellt werden könnten. Die Entwicklung sei sowieso sehr rasant und man müsse hier, wie Herr Dr. Metten es bereits ausführte, auf Qualität statt Quantität setzen. Bei der derzeitigen Konjunkturlage müsse sich zudem um die Bebauung von innerstädtischen Grundstücken nicht gesorgt werden. Er appelliert, die Verwaltung solle mit sinnvollen und systematischen Zielen und nicht mit solchen Aussichtslosigkeiten beschäftigt werden.

Herr Komenda führt bezogen auf Herrn Samirae an, dass der Vorschlag der LED-Beleuchtung vor langer Zeit von einem Verwaltungsmitarbeiter gekommen sei. Zu der Zeit wäre die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL noch gar nicht im Rat gewesen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen Herrn Samirae und Herrn Santillán, bei Enthaltung von Frau Misini folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, vom 30.04.2019 (eingegangen am 03.05.2019): „Erlass von Baugeboten gemäß § 176 Absatz 1 Baugesetzbuch“ – wird abgelehnt.

22.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2019 (eingegangen am 04.06.2019): "Klimanotstand"
0296/2019/1

Herr Krell betont, dieser Beschluss wäre ein Meilenstein für die Stadt, da sich hiermit dem herausfordernden Klimawandel gestellt werde. In der Vergangenheit sei dieses Thema nicht mit der notwendigen Stringenz verfolgt worden. Für die Erarbeitung spricht Herr Krell seinen Dank vor allem an die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, aber auch an die anderen Fraktionen aus.

Herr Außendorf bedankt sich ebenfalls für die systematische Erarbeitung. In der Vorlage sei der Begriff „Klimanotstand“ gegen den Originalbegriff „Climate Emergency“ ausgetauscht worden. Hinzugekommen sei der Satz bezüglich der Resolution an die Bundesregierung, damit mit einer Unterstützung durch Bund und Land gerechnet werden könne.

Herr Jungbluth führt an, die mitterechts-Fraktion wolle diesem Antrag nicht zustimmen. Diese einseitige Resolution habe so ein Ausmaß angenommen, dass bereits der Generalsekretär der Weltorganisation für Meteorologie vor Grünen-Extremismus gewarnt habe. Zudem würden Klimaaktivisten Schwarzmalerei betreiben, Drohungen aussprechen und unter der Maske des zivilen Ungehorsams Straftaten begehen. Dieser symbolpolitische Antrag vergifte das politische und gesellschaftliche Klima, was die mitterechts-Fraktion nicht verantworten wolle. Hinzu komme, dass dieser Plan weder CO^2 noch Energiekosten einsparen würde. Im lokalen Bezug rate er der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Papier im Sitzungsdienst einzusparen. Außerdem sei die Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Fraktion, die am meisten fliegen würde.

Herr Steinbüchel stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Schluss dieser Debatte.

Herr Urbach führt an Herr Komenda und Herr Santillán ständen noch auf der Rednerliste, wobei die SPD-Fraktion bereits zur Sache gesprochen habe.

Herr Santillán spricht gegen den Antrag, und stellt fest es wäre eine gute Sitte, dass alle Fraktionen und Einzelratsmitglieder die Möglichkeit hätten zur Sache zu sprechen.

Gegen den **Antrag** Herrn Steinbüchels auf Schluss der Debatte stimmt Herr Santillán. Bei Enthaltung der mitterechts-Fraktion wird der Antrag mit den übrigen Stimmen der Ratsmitglieder **mehrheitlich beschlossen.**

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die mitterechts-Fraktion folgenden **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasst eine Resolution zur Bewältigung des Klimawandels und unterstützt die Resolution zur Ausrufung des „Climate Emergency“.

Die Stadt Bergisch Gladbach erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an:

- **Die Stadt Bergisch Gladbach wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.**
- **Die Stadt Bergisch Gladbach fordert von der Bundesregierung, Kommunen beim Klimaschutz zu unterstützen und ihre Anstrengungen in allen Sektoren deutlich stärker am Klimaschutz zu orientieren, um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden.**

- **Die Verwaltung wird aufgefordert, beim Klimaschutz eng mit Kreis und Region zusammen zu arbeiten.**
- **Die Stadt Bergisch Gladbach wird umfassend über lokale Auswirkungen des Klimawandels sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert den Bürgermeister auf, dem Rat und der Öffentlichkeit alle sechs Monate über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.**

22.3. Antrag der SPD-Fraktion vom 17.06.2019 (eingegangen am 18.06.2019): „Erarbeitung eines Konzeptes und eines Zeitplans zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für Bergisch Gladbach"
0334/2019/1

Herr Santillán führt an, das Sportentwicklungskonzept, das Mobilitätskonzept und zahlreiche weitere beschlossene Konzepte seien nie umgesetzt worden. Deswegen hoffe er, dass das vorliegende Konzept entsprechend der notwendigen Bedingungen umgesetzt werde.
Er empfinde es für falsch, Themen wie die Debatte des vorherigen Tagesordnungspunktes, durch einen Geschäftsordnungsantrag zu beenden. Für das Klimaschutzkonzept seien im Übrigen wissenschaftliche Belege notwendig.

Herr Urbach entgegnet, viele Maßnahmen des Sportentwicklungskonzeptes sowie einzelne Maßnahmen des Mobilitätskonzeptes seien umgesetzt worden.

Herr Ebert betont, der vorherige Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie der Antrag in diesem Tagesordnungspunkt würden sich hervorragend ergänzen, weshalb er um Zustimmung bitte.

Herr Samirae äußert, die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL freue sich über ein Klimaschutzkonzept. Allerdings seien tatsächlich einige Maßnahmen, wie der Umstieg der Müllfahrzeuge auf Elektro- oder Hybridantrieb nicht erfüllt worden. Er schließe sich zudem Herrn Santillán an und betont, dass einige Maßnahmen des Sportentwicklungskonzeptes nicht umgesetzt worden seien. Beispielsweise die großen Sportstätten der Otto-Hahn-Schulen seien teilweise der Öffentlichkeit nicht zugängig. Insofern würden häufig Konzepte beschlossen, aber nicht umgesetzt und er hoffe dies ändere sich mit dem Klimaschutzkonzept.

Herr Urbach widerspricht, er hätte bezüglich Herrn Santilláns Aussage aufgeführt, dass aus dem Sportentwicklungskonzept einiges umgesetzt worden sei.

Herr Kraus erläutert, das Sportentwicklungskonzept sei in aller Tiefe umgesetzt worden. Zudem sei der Stadtsportverband beratend im ABKSS tätig und sei an der Entscheidung über die Mittel involviert. Deswegen freue er sich, dass das Klimaschutzkonzept den gleichen Beweis wie das Sportentwicklungskonzept der Umsetzung liefere.

Der Rat fasst einstimmig folgenden, im Vergleich mit der beantragten Beschlussfassung ergänzten
Beschluss:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt:
- **Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept und einen Zeitplan zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Bergisch Gladbach zu entwickeln.**
- **Dieses Konzept soll insbesondere eine erste Kostenabschätzung und deren Förderfähigkeit im Sinne der „Kommunalrichtlinie" enthalten.**
- **Das Konzept und der Zeitplan zur Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes sollen zur Beratung in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen werden.**
- **Die Verwaltung prüft die Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach am European Energy Award.**
- **Die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes soll über Zielvereinbarungen innerhalb der Verwaltung sichergestellt werden.**

22.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 23.06.2019 (eingegangen am 24.06.2019): "Teilnahme am Förderprogramm progres.nrw Emissionsarme Mobilität"
0338/2019/1

Der Rat fasst einstimmig folgenden, von der beantragten Beschlussfassung abweichenden
Beschluss:

Der Inhalt dieses Antrages wird in die Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes mit aufgenommen.

22.5. Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2019: "Anmietung von Räumlichkeiten für ein Bürgerbüro in Refrath und Bensberg"
0346/2019

Herr Krell führt an, die FDP-Fraktion könne den Antrag in der vorliegenden Form nicht mittragen. Er argumentiert, bei dem Antrag seien nur zwei weitere Stadtteile mit Bürgerbüros abgedeckt und das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimme nicht. Die Kosten lägen jährlich bei 45.000€ für Bürgerbüros, die bloß zweimal die Woche halbtäglich geöffnet wären. In diesen Kosten seien nicht mal die zusätzlichen Personalkosten enthalten. Er sei der Auffassung, dass Ziel des Antrages wäre anderweitig effizienter erreichbar.

Herr Samirae erläutert, die Schnittstelle zwischen Staat und Bürger seien die Bürgerbüros. Aufgrund des Andranges im Bürgerbüro der Stadtmitte und der älteren Bevölkerung, sei es notwendig weitere Bürgerbüros zu errichten. Außerdem seien die Wartezeiten in der Stadtmitte sehr hoch, und könnten durch Anmietung von Räumlichkeiten in anderen Stadtteilen verkürzt werden. Die vorgeschlagene Räumlichkeit in Refrath, sei vor Ort das letzte freie Ladenlokal gewesen.

Frau Schundau äußert, in die Räumlichkeiten dieser Bürgerbüros sollten weitere Teile der Verwaltung untergebracht werden.

Herr Kraus ist der Meinung, die weiteren Bürgerbüros seien notwendig, weshalb man hier nicht die Kosten dafür in den Vordergrund stellen sollte. Zudem würden durch diese Errichtung weniger Bürger in die Stadtmitte fahren, was dem Klimaschutz beitrage.

Herr Santillán führt an, Dienstleistungen seien immer mit Kosten verbunden. Er befürworte zusätzliche Bürgerbüros in weiteren Stadtteilen, aber zunächst müssten die größeren Stadtteile Refrath und Bensberg berücksichtigt werden.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen ein Ratsmitglied aus Reihen der FDP-Fraktion, bei Enthaltung von zwei Ratsmitgliedern aus Reihen der FDP-Fraktion und der mitterechts-Fraktion folgenden
Beschluss:

Die Anmietung des Ladenlokals Siebenmorgen 45, Einheit 7 wird befürwortet und die Verwaltung wird beauftragt, einen Mietvertrag zu angemessenen Konditionen auszuhandeln. Der Mitnutzung des Ladenlokals Schloßstraße 59a ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt (voraussichtlich 01.01.2020) wird zugestimmt. Die notwendigen Mittel werden eingeplant.

22.6. Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2019 (eingegangen am 26.08.2019): "Erarbeitung eines Konzeptes zur Optimierung von Sauberkeit und Ordnung"
0343/2019

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 26.08.2019 (eingegangen am 26.08.2019): „Erarbeitung eines Konzeptes zur Optimierung von Sauberkeit und Ordnung“ wird ohne Aussprache zur

Entscheidung an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.

22.7. Antrag der FDP-Fraktion vom 16.09.2019 (eingegangen am 17.09.2019): "Mountainbike-Trainingsgelände im Nußbaumer Wald"

0457/2019

Herr Waldschmidt führt an, aufgrund von planungsrechtlichen Fragen sollte dieser Antrag, zusätzlich auch an den Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss sowie an den Ausschuss für Umwelt, Klima, Infrastruktur und Verkehr, verwiesen werden.

Herr Urbach führt aus, der Antrag könnte die Zuständigkeit des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses berühren. Beziehe man Umweltaspekte mit ein, könnte auch die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klima, Infrastruktur und Verkehr involviert werden.

Der Rat fasst einstimmig folgenden, von dem Beschlussvorschlag der Vorlage abweichenden **Beschluss:**

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 16.09.2019 (eingegangen am 17.09.2019): „Mountainbike-Trainingsgelände im Nußbaumer Wald“ wird ohne Aussprache zur Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Klima, Infrastruktur und Verkehr, den Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss und den Haupt- und Finanzausschuss vor einer abschließenden Entscheidung im Rat überwiesen.

23. Anfragen der Ratsmitglieder

23.1. Schriftliche Anfragen

23.1.1. Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.09.2019 (eingegangen am 09.09.2019): "Sachstand des Projektes SMART/Optimierung der Konzernstrukturen"

0448/2019

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

23.2. Mündliche Anfragen

Frau Glamann-Krüger: Anfrage bezüglich Bücherei IGP

Frau Glamann-Krüger fragt an, ob die Bücherei in der IGP wieder geöffnet sei.

Frau Schundau antwortet, die Bücherei sei wieder offen.

Herr Komenda: Anfrage bezüglich Miete Puppenpavillion

Herr Komenda fragt an, ob der Puppenpavillion in Bensberg für den Pavillion selber Miete zahle.

Herr Urbach verneint dies.

Herr Komenda erkundigt sich, warum dieser keine Miete zahle. Es wäre ungerechtfertigt kulturelle Einrichtungen unterschiedlich zu subventionieren.

Herr Urbach antwortet, die SPD-Fraktion habe die Möglichkeit, eine entsprechende Initiative zu ergreifen. Er habe die Frage beantwortet.

Herr Komenda: Anfrage bezüglich Differenzierungsräume und Sanierung Parkplatz Friedrich-Offermann-Straße/Schlossberg-Garage

Herr Komenda fragt an, ob im Nachgang zu einer Veranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zum Thema Inklusion Gespräche zwischen dem FB 8 und Schulleitern stattgefunden hätten. Es sei zugesagt worden, dass Container im Kleefeld aufgrund der Raumnot aufgestellt würden sowie an der IGP für Differenzierungsräume. Am Kleefeld sollten diese bereits in den Herbstferien stehen, was nicht der Fall sei. Desweiteren fordert Herr Komenda diesbezüglich einen Zeitrahmen.

Herr Urbach antwortet, diese Anfrage werde schriftlich beantwortet.

Außerdem fragt Herr Komenda an, wann im Rahmen des Parkraumkonzeptes der Parkplatz an der Friedrich-Offermann-Straße sowie die Schlossberggarage saniert würden.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung.

Herr Keimer: Anfrage bezüglich PDF-Dokumente

Herr Keimer fragt an, ob der Digitalisierungsbeauftragte es möglich machen könnte, zukünftig Sitzungsunterlagen in einer pdf-Datei zusammenzufassen.

Herr Urbach empfiehlt dem Rat, bezüglich Digitalisierung in der neuen Wahlperiode Workshops zu besuchen.

Herr Keimer antwortet, es ginge ihm darum in welcher Form die Verwaltung PDF-Dokumente zur Verfügung stelle.

Herr Ruhe verweist auf das Prinzip der durchlaufenden Vorlagen. Ein gesamtes Dokument sei in der elektronischen Einladung des Gremiums, welches zuerst tagte, zu finden.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.23 Uhr.

Stadt Bergisch Gladbach
TEILNAHMEVERZEICHNIS

CDU-Fraktion

Gremium	Tag der Sitzung	Ort der Sitzung	Dauer der Sitzung
Rat	**08.10.2019**	Ratssaal Rathaus Bensberg	17:00Uhr - 18.32 Uhr

Name, Vorname	**von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt**	**Unterschrift**
Dr. Bernhauser, Johannes		
Bilo, Angelika		
Bischoff, Birgit		
Buchen, Christian		
Casper, Claudia		
de Lamboy, Bernd		
Göbels, Wolfgang		
Haasbach, Hans-Josef		
Henkel, Harald		
Höring, Lennart		
Holtzmann, Petra		
Kockmann, Karlheinz		
Kraus, Robert Martin	ab 17.21 (TOP 014)	
Kühl, Manfred		
Lehnert, Elke		
Lucke, Martin		
Dr. Metten, Michael		
Münzer, Mechtild		
Pick, Rudolf	ab 18.02 (TOP 022.3)	

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Renneberg, Oliver	ab 17.06 (TOP Ö1)	
Reudenbach, Elvira		
Schacht, Rolf-Dieter		
Schade, Lutz		
Voßler, Alexander	ab 17.08 (TOP Ö4)	
Wagner, Hermann-Josef		
Willnecker, Josef		

Stadt Bergisch Gladbach
TEILNAHMEVERZEICHNIS

SPD-Fraktion

Gremium	Tag der Sitzung	Ort der Sitzung	Dauer der Sitzung
Rat	**08.10.2019**	Ratssaal Rathaus Bensberg	17.00Uhr - 18.32 Uhr

Name, Vorname	**von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt**	**Unterschrift**
Bähner, Sarah	ab 17.04 (TOP 01)	
Bähner-Sarembe, Marta	ab 17.04 (TOP 01)	
Dresbach, Erich		
Ebert, Andreas		
Holz-Schöttler, Brigitte		
Keimer, Sascha		
Kleine, Nikolaus		
Komenda, Mirko		
Krasniqi, Kastriot		
Kreutz, Marcel		
Neu, Gerhard		
Orth, Klaus		
Stauer, Ute		
Waldschmidt, Klaus W.		
Winkels, Berit		
Zalfen, Michael		

Stadt Bergisch Gladbach
TEILNAHMEVERZEICHNIS

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Gremium	Tag der Sitzung	Ort der Sitzung	Dauer der Sitzung
Rat	**08.10.2019**	Ratssaal Rathaus Bensberg	17:00Uhr - 18:32 Uhr

Name, Vorname	**von/ bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt**	**Unterschrift**
Außendorf, Maik		
Gerhardus, Eva		
Meinhardt, Theresia		
Scheerer, Anna Maria		
Schundau, Edeltraud		
Schmidt, Helmut		
Steinbüchel, Dirk		
Dr. Rüdig, Cornelia		entschuldigt
Weber, Dirk		

Stadt Bergisch Gladbach
TEILNAHMEVERZEICHNIS

Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL

Gremium	Tag der Sitzung	Ort der Sitzung	Dauer der Sitzung
Rat	**08.10.2019**	Ratssaal Rathaus Bensberg	17:00Uhr - 18:32Uhr

Name, Vorname	**von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt**	**Unterschrift**
Klein, Thomas	ab 18.09 (022.5) TOP	
Misini, Lucie		
Samirae, Frank		

Stadt Bergisch Gladbach
TEILNAHMEVERZEICHNIS

FDP-Fraktion

Gremium	Tag der Sitzung	Ort der Sitzung	Dauer der Sitzung
Rat	**08.10.2019**	Ratssaal Rathaus Bensberg	17.00Uhr - 18.30Uhr

Name, Vorname	**von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt**	**Unterschrift**
Glamann-Krüger, Annette		A. Glamann-Krüger
Koshofer, Ingrid		I. Koshofer
Krell, Jörg		J. Krell

Stadt Bergisch Gladbach
TEILNAHMEVERZEICHNIS

mitterechts-Fraktion

Gremium	Tag der Sitzung	Ort der Sitzung	Dauer der Sitzung
Rat	**08.10.2019**	Ratssaal Rathaus Bensberg	17.00Uhr - 18:32 Uhr

Name, Vorname	**von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt**	**Unterschrift**
Jungbluth, Torsten		
Heuser, Wolfgang		
Wuttke, Oliver		

Stadt Bergisch Gladbach
TEILNAHMEVERZEICHNIS

fraktionslose Ratsmitglieder

Gremium	Tag der Sitzung	Ort der Sitzung	Dauer der Sitzung
Rat	**08.10.2019**	Ratssaal Rathaus Bensberg	17.00Uhr - 18.30 Uhr

Name, Vorname	**von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt**	**Unterschrift**
Santillán, Tomás M.		ab 17.31 (TOP ö14)
Schütz, Fabian		

Stadt Bergisch Gladbach
TEILNAHMEVERZEICHNIS

Verwaltung

Gremium	Tag der Sitzung	Ort der Sitzung	Dauer der Sitzung
Rat	**08.10.2019**	Ratssaal Rathaus Bensberg	17:00 Uhr - 18:32 Uhr

Name, Vorname	**Unterschrift**
Urbach, Lutz Bürgermeister	
Flügge, Harald Erster Beigeordneter/Technischer Beigeordneter	
Stein, Frank Beigeordneter/Stadtkämmerer	
Martmann, Bernd BM I/Leiter Fachbereich 8 stellv. Jonas Geist	
Möller, Michael Leiter Fachbereich 1	
Schäfer, Harald Leiter Fachbereich 2	
Widdenhöfer, Peter Leiter Fachbereich 3 iV. Dirk Cirlen	
~~Rockenberg, Dettlef~~ Leiter Fachbereich 4 V. Volker Weinrich	
Hellwig, Sabine Leiterin Fachbereich 5	Sabine Hellwig
Sprenger, Elisabeth Leiterin Fachbereich 6	
Kremer, Michael Leiter Fachbereich 7 i.V. Wagner	
François, Alain Leiter Rechnungsprüfung	
Klaßen, Judith Gleichstellungsbeauftragte	
Ruhe, Christian Fachbereich 1-14	

Zu TOP Ö 17 der Sitzung des
Rates am 08.10.2019

Frau Stadtverordnete
Edeltraud Schundau
Gierather Wiese 6
51469 Bergisch Gladbach

22. Okt. 2019
Stadt Bergisch Gladbach
FB 1-14
Kommunalverfassung
- Ratsbüro

Stadtentwicklungsbetrieb
Bergisch Gladbach - AöR
Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
Andrea Klever
Tel.: 02202/14-1463
Fax: 02202/14-70-1463
E-Mail: a.klever@stadt-gl.de

16. Oktober 2019

Anfrage aus der Sitzung des Rates vom 08.10.2019

Sehr geehrte Frau Schundau,

in der Ratssitzung am 08.10.2019 stellten Sie im öffentlichen Teil zu TOP 17 die Frage:

Hat es Untersuchungen bezüglich günstigerer Anbieter gegeben?

Die Telekom hat eine Aktion „Wir jagen Funklöcher" ins Leben gerufen. Kommunen können sich hierzu bewerben, wenn in ihren Gebieten Funklöcher vorhanden sind.
Ob Bergisch Gladbach in Frage kommt ist noch nicht geklärt. Zunächst ging es darum den als Voraussetzung geforderten Ratsbeschluss einzuholen. Da Bewerbungsende am 30.11.2019 ist, die Ratssitzung allerdings bereits am 08.10.2019 war, musste schnell gehandelt werden.

Mir ist derzeit nicht bekannt, dass es andere Anbieter gibt, die eine solche Aktion anbieten, von daher ist ein Vergleich nicht möglich.

Ich hoffe, damit Ihre Frage beantwortet zu haben und verbleibe,

mit freundlichen Grüßen

Harald Flügge
Vorstand

2. zur Niederschrift
3. z.d.A.

30. Okt. 2019

Zu TOP Ö 23.2 der Sitzung
des Rates am 08.10.2019

Stadt Bergisch Gladbach
FB 1-14
Kommunalverfassung
- Ratsbüro

Herrn
Mirko Komenda
Kaule 14
51429 Bergisch Gladbach

-Immobilienbetrieb-
Bürogebäude Gustav-Lübbe-Haus
Scheidtbachstraße 23
Auskunft erteilt:

Herr Greifenberg, Zimmer 108
Telefon: 02202 / 14- 12 19
Telefax: 02202 / 14- 7012 19
e-mail: a.greifenberg@stadt-gl.de

8 23 gr

29. Oktober 2019

Anfrage in der Ratssitzung am 08.10.2019

Sehr geehrter Herr Komenda,

in der Ratssitzung am 08.10.2019 fragten Sie an, wann im Rahmen des Parkraumkonzeptes der Parkplatz an der „Friedrich-Offermann-Straße" saniert wird.

Gemäß der aktuellen Kostenberechnung durch das beauftragte Ingenieurbüro kostet der Abbruch und die Entsorgung des Gebäudes „Overather Straße 4"sowie die Errichtung eines provisorischen Parkplatzes insgesamt 123.762,38 €. Hierbei entfallen auf den Abbruch und die Entsorgung des Gebäudes ca. 70.519,40 € brutto und für die Parkplatzerrichtung würden etwa 52.172,58 € brutto benötigt.

Voraussichtlich könnten – gemäß der aktuellen Planung – etwa 25 bewirtschaftete Stellplätze hergestellt werden. Der bewirtschaftete Parkplatz „An der Gohrsmühle Zanders" bringt bei 50 Stellplätzen eine Einnahme von etwa 6.000 € im Quartal (6.000 € : 50 Stellplätze = 120 € pro Stellplatz im Quartal).

Bei möglichen 25 Stellplätzen am Standort „Overather Straße/Ecke Friedrich-Offermann-Straße" würden wir voraussichtlich auf eine Einnahme von 3.000 € (120 € x 25 Stellplätze) im Quartal und demnach etwa 12.000 € im Jahr kommen.

Wir müssten den Parkplatz demnach etwa 5 Jahre betreiben um unsere Herstellungskosten (52.172,58 €) in etwa wieder einzuspielen.

Das Abwasserwerk plant in diesem Bereich eine umfangreiche und mehrjährige Kanalsanierung. Für diese Maßnahme benötigt Fachbereich 7-68 dringend die städtische Fläche; voraussichtlich zur Verkehrsumleitung während der Kanalsanierungsarbeiten oder als Lagerplatz. Die Arbeiten dauern bis voraussichtlich 2024 oder länger an. Ein genauer Baubeginn kann seitens des Abwasserwerkes nicht benannt werden (die Detailplanung der Maßnahme beginnt im Jahr 2020).

Da aufgrund der geplanten Maßnahme des Abwasserwerkes eine längerfristige Nutzung des Parkplatzes nicht möglich ist und wir die finanziellen Mittel an anderer Stelle sinnvoller einsetzen können, verzichten wir auf die Anlegung des Parkplatzes.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

30/10 13

Bernd Martmann 29.10.2019